

Deutscher Bundestag
Stenographischer Bericht
166. Sitzung
Berlin, Donnerstag, den 05. Juni 2008

Christoph Strässer (SPD)

Eine effektive Umsetzung des Zusatzprotokolls zur VN-Anti-Folter-Konvention

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Kollege Beck, Sie kennen sicherlich Brehms Tierleben. In einer Parabel steht - ich bekomme sie nicht mehr ganz auf die Reihe -: Je mehr sich der Hahn aufplustert, desto weniger nützt es der Henne.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU - Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mir erschließt sich das Bild in diesem Zusammenhang überhaupt nicht! Sie haben das falsche Opfer in Ihrem Bild!)

Ich begreife Ihre Aufregung nicht. Sie ist der Sache nicht angemessen.

Ich darf vielleicht einige Aspekte um der historischen Wahrheit willen aufzeigen: Lieber Kollege Beck, Sie beklagen, dass das alles lange gedauert hat. Ich darf daran erinnern, dass das Zusatzprotokoll, das Fakultativprotokoll zur Antifolterkonvention im Dezember des Jahres 2002 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Jetzt frage ich Sie und mich - da müssen wir uns beide schämen -, wer eigentlich 2002 und bis 2005 regiert hat.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: So eine Kritik wünsche ich mir!)

Ich bin ein Stück weit stolz darauf, dass in dieser Großen Koalition die Zeichnung durch den Bundesaußenminister im September 2006 endlich erfolgt ist, damit wir hier auf einen vernünftigen parlamentarischen Weg kommen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist die historische Wahrheit an dieser Stelle.

Noch etwas gehört zur Wahrheit; das hat mit den Ländern zu tun. Die Wahrheit ist, dass die Bundesländer, die jetzt einen Staatsvertrag abschließen müssen, sich nur bereit erklärt haben, überhaupt über dieses Thema zu reden, wenn sie mit nicht mehr als insgesamt 200 000 Euro belastet werden. Worauf freue ich mich jetzt an dieser Stelle? Bevor wir Anträge, die uns im Moment nicht weiterbringen, im Deutschen Bundestag beschließen, freue ich mich auf die erste Bundesratsinitiative des Stadtstaates Hamburg zur Umsetzung dieser Geschichte auf Landesebene. Darauf bin ich sehr gespannt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Florian Toncar [FDP])

Kollege Toncar klatscht gerade so laut. Ich kann ihn nur fragen: Wo sind denn die Initiativen aus Nordrhein-Westfalen, aus Niedersachsen oder aus Baden-Württemberg?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da können Sie alle Ihre Hausaufgaben machen. Dann können wir hier in aller Ruhe und verständnisvoll über diese Themen reden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Zuruf des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Ja, wir sind dabei, keine Sorge.)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Kollege Strässer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Toncar?

Christoph Strässer (SPD):
Gerne.

(Jörg Tauss [SPD]: Kollege Toncar, Vorsicht! Sonst bekommen Sie auch noch eine!)

Florian Toncar (FDP):

Herr Kollege Strässer, in Kenntnis dessen, dass es noch Bundesländer gibt, in denen die SPD mitregiert, wollte ich fragen, ob ich Ihre Ausführungen so verstehen darf, dass bald von dem einen oder anderen Bundesland eine Initiative zu erwarten ist.

Christoph Strässer (SPD):

Sie können sich fest darauf verlassen, dass wir dafür sorgen werden. Wir kritisieren ja im Moment an dieser Stelle nicht. Wir sagen vielmehr ganz deutlich: Das, was hier auf den Weg gebracht worden ist, ist ein Fortschritt. Man sollte nicht sofort anfangen, das schlecht- und kaputtzureden. Wir haben dies jetzt in dieser Konstellation auf den Weg gebracht. Wir werden es heute hier wahrscheinlich mit Zustimmung aller ratifizieren. Es ist ein guter Tag für den Schutz der Menschenrechte in Deutschland und in Europa. So ist das.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbstgefällige Plattitüden!)

Zu den vielfältigen Kommentaren, die hier jetzt im Raume stehen: Kollege Beck, Sie haben eine Fachtagung im Deutschen Institut für Menschenrechte angesprochen, auf der ich Sie gar nicht gesehen habe. Aber man kann ja in den Protokollen nachlesen. Es gibt zum Beispiel einen Vertragsausschuss bei den Vereinten Nationen, der sich mit den WSK-Rechten befasst. Der deutsche Vertreter dort ist Professor Dr. Eibe Riedel; Sie kennen ihn wahrscheinlich. Er hat mir bei der letzten Kuratoriumssitzung des Deutschen Instituts für Menschenrechte klar gesagt, dass das, was wir hier in Deutschland machen, in diesem Vertragsausschuss ausgesprochen begrüßt wird. Denn es kommt nicht in erster Linie auf ein Signal nach außen, auf den konkreten Status an, sondern es geht darum, dass endlich eines der größten Länder Europas diese Ratifizierung durchführt. Das ist die zentrale Botschaft, die von diesem heutigen Tag ausgehen muss.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will deutlich sagen, dass die Debatte, die wir hier, wie ich finde, mit großem Verantwortungsbewusstsein, sehr fair und in der Sache nach vorne gerichtet geführt haben, ein Stück weit dazu beigetragen hat, dass in unserem Land Sensibilisierungen für die Themen Folter und Antifolterkonvention stattgefunden haben. Ich darf daran erinnern, dass die Antifolterkonvention der Vereinten Nationen eine der Konventionen ist, die am wenigsten gezeichnet worden sind. Das hat damit zu tun, dass große Länder vor diesem Thema ein Stück weit zurückschrecken; sie gehen es nicht offensiv an. Wir müssen diese Fragen demnächst bei uns und anderswo thematisieren.

Ich bin auf Einladung von Amnesty International vor drei Wochen in Washington gewesen. Wir haben die amerikanische Administration und alle, die damit zu tun haben, sehr offen, klar und auch sehr massiv darauf hingewiesen - dies bezieht sich auch auf unsere europäische Verantwortung -, dass das, was die Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Terrorismus in Gang gesetzt haben, nicht mehr unter die Antifolterkonvention fällt. Diskussionen wie die über das Waterboarding, wie sie auch von Herrn Bush geführt werden, tragen nicht dazu bei, in der Welt den Eindruck zu erwecken, dass unsere westlichen Werte in dieser Art und Weise gut vertreten sind.

Ich glaube, diesen Anstoß sollten wir zur Verteidigung der Menschenrechte und zur weiteren Forcierung des Schutzes vor Folter überall aufnehmen. Dafür ist dieser Tag heute ein guter. Mein Dank geht an alle, die daran mitgewirkt haben und insbesondere an die Bundesregierung, die das auf den Weg gebracht hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)